

**Elisabeth Motschmann**  
**Newsletter**  
**12. April 2019**



**Liebe Bremerinnen und Bremer,  
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,  
liebe Freundinnen und Freunde,**

diese Woche haben wir in einer vereinbarten Orientierungsdebatte die Frage beraten, ob und inwieweit die Kosten neuer Diagnosemöglichkeiten zur Früherkennung des Downsyndroms durch die Krankenkassen übernommen werden sollen. Es ist eine schwierige ethische Herausforderung – zwar ist ein Bluttest deutlich risikoärmer als die bisher eingesetzte Fruchtwasseruntersuchung. Gleichzeitig wird damit gerechnet, dass eine leichtere Verfügbarkeit einer Untersuchung zu einer zunehmenden Selbstverständlichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen bei Kindern mit Downsyndrom führen wird. In der Debatte wollen wir die nötige gesellschaftliche, sozialetische und politische Klärung voranbringen  
Auf europäischer Bühne ging es Mitte der Woche auf dem Europäischen Rat beim Brexit in die nächste Runde. Es ist unser Grundanliegen, einen harten Brexit zu vermeiden und einen regelbasierten Austritt des Vereinigten Königreichs zu realisieren. Allerdings gehören zu einer Vereinbarung immer zwei Seiten, wir warten weiterhin auf belastbare Vorschläge von britischer Seite.

Herzliche Grüße  
Ihre

*Elisabeth Motschmann*

# Elisabeth Motschmann

## Newsletter

### I. Die politische Lage in Deutschland

#### **Wohnraum entsteht durch Bauen, nicht durch Enteignungen.**

Seit einigen Jahren ist ein starker Zuzug in die Ballungsgebiete zu verzeichnen. Städte wie Hamburg, Frankfurt, München, Leipzig, Berlin und viele andere Großstädte wachsen kräftig. Aber auch im ländlichen Raum sind bezahlbare Häuser und Wohnungen ein großes Thema. Deutschlands Bevölkerung wächst. Wohnungen werden knapp, die Mieten steigen. Wir alle merken, dass die Frage des bezahlbaren Wohnraums die neue soziale Frage ist.

Wohnraum schafft man nicht durch Enteignungen. Durch Enteignungen entsteht nicht eine Mietwohnung zusätzlich, sondern im Gegenteil: Investoren werden abgeschreckt. Wir in der Union kennen den richtigen Ansatz: Bauen, bauen, bauen. Wir gründen unsere Baupolitik auf 4 Säulen: Erstens brauchen wir deutlich mehr Bauland. Zweitens müssen wir effizienter und schneller bauen können. Drittens benötigen wir genügend Finanzmittel für Bauvorhaben. Und viertens darf der ordnungspolitische Rahmen, das Mietrecht, keine unverhältnismäßigen Hürden aufbauen, die eine Bautätigkeit verhindern. In diesem Sinne hat die Projektgruppe Wohnen unter Leitung von Ulrich Lange und intensiver Mitarbeit vieler Abgeordneter zahlreiche Ideen entwickelt, die wir in den kommenden Wochen nach und nach vorstellen.

Bauland werden wir nur gewinnen, wenn auch die Länder und Kommunen mitwirken. Ein Musterbeispiel ist das Land Berlin. Wenn man das Tempelhofer Feld mit rund 300 ha mitten in der Stadt brach liegen lässt, muss man sich nicht wundern, wenn die Menschen mangels Wohnraum auf die Straße gehen.

Auf europäischer Bühne geht es Mitte der Woche auf dem Europäischen Rat beim Brexit in die nächste Runde. Es ist unser Grundanliegen, einen harten Brexit zu vermeiden und einen regelbasierten Austritt des Vereinigten Königreichs zu realisieren. Allerdings gehören zu einer Vereinbarung immer zwei Seiten, wir warten weiterhin auf belastbare Vorschläge von britischer Seite.

### II. Daten und Fakten

Bild.de als Platzhirsch unter den Nachrichtenportalen. Eine aktuelle Statistik zeigt die Anzahl der Visits, das heißt der online und mobilen Besuche der Nachrichtenportale in Deutschland im März 2019. Das Nachrichtenportal Bild.de verzeichnete in diesem Zeitraum laut Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) rund 482,22 Millionen Visits und liegt damit klar vor der Konkurrenz. Auf dem zweiten Platz folgt mit rund 271,67 Millionen Visits Spiegel Online. Rang drei geht an die Nachrichten-App upday mit rund

## Elisabeth Motschmann Newsletter

213,34 Millionen Visits. Es folgen Focus Online (194 Millionen), n-tv.de (152 Millionen) und Die Welt (130 Millionen). (Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.; Statista)

Europäisches Datum – Das Karfreitagsabkommen vom 10. April 1998. Vor 21 Jahren unterzeichneten Repräsentanten der britischen und irischen Regierungen sowie der Parteien in Nordirland das sogenannte „Good Friday Agreement“, das Karfreitagsabkommen. Nach Jahrzehnten der Gewalt mit insgesamt etwa 3500 Todesopfern beendete das Abkommen den nordirischen Bürgerkrieg zwischen protestantischen Unionisten und irischen Nationalisten. Neben dem Verzicht auf Gewalt und die Entwaffnung aller paramilitärischen Gruppen beider Seiten sah es eine Amnestie für die Kämpfer vor und legte die Bildung eines nordirischen Parlamentes sowie die Möglichkeit eines Referendums zur Wiedervereinigung mit der Republik Irland fest. Durch das Brexit-Votum rückte die Frage einer potenziell harten Grenze zwischen Irland und Nordirland wieder verstärkt in den Fokus. (Quelle: Süd-deutsche Zeitung, Deutschlandfunk)



**Sitzung der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Hildegard Bentele MdA, Spitzenkandidatin der CDU Berlin für die Europawahl, Ronja Kemmer, Katja Leikert, Hildegard Bentele (v.l.n.r.) – am 11. April 2019**

## Elisabeth Motschmann Newsletter

**„Wir haben es geschafft! Die Sporthalle der Grundschule Osterholz wird vom Bund gefördert!“**

**Die Grundschule im Bremer Ortsteil Osterholz erhält finanzielle Mittel des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für die Sanierung ihrer Sporthalle.**

Der Einsatz in Berlin für die Sanierung der Sporthalle hat sich gelohnt. Der Bund ist näher bei den Menschen als man denkt. Mit 1.440.000 € erhält die Grundschule Osterholz im Rahmen des Bundesprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" eine sehr gute Unterstützung.

Als Wahlkreisabgeordnete freut mich besonders, dass eine Sporthalle gefördert wird. Für den Schulsport sind moderne Sportstätten wichtig. Hier werden Kinder und Jugendliche für den Sport begeistert und hier findet ein lebendiges Schul- und Vereinsleben statt. Die finanziellen Mittel des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat stärken die Grundschule und damit den gesamten Ortsteil Osterholz. Nach der Sanierung ist die Sporthalle für die Zukunft gerüstet.

Dazu Claas Rohmeyer (Foto rechts), örtlicher CDU Abgeordneter: „Das ist eine großartige Nachricht für Osterholz. Ich danke Elisabeth Motschmann für ihren Einsatz in Berlin. Die Sanierung kann nun erfolgen. Sport wird in der heutigen Zeit immer wichtiger für Schüler. Er stellt für Kinder eine Abwechslung zum alltäglichen Lernen dar und fungiert als Auflockerung im Schulalltag. Mit einer intakten Halle wird nicht nur der Sportunterricht der Grundschule, sondern der gesamte Ortsteil Osterholz attraktiver.“



### **Kultur-Klausurtagung in Naumburg und Weißenfels**

Naumburg und Weißenfels in Sachsen-Anhalt waren die Ziele unserer Kultur-Klausur voriges Wochenende. Beratungen u. a. über den Kulturhaushalt und Besichtigungen wechselten sich ab. Wir trafen haupt- und ehrenamtliche Kulturschaffende, die großartige Arbeit leisten. Viele gute Gespräche konnten wir führen. Die Kulturarbeit in den kleinen, geschichtsträchtigen Orten war beeindruckend! Im Folgenden lesen Sie dazu zwei Artikel aus der Presse.



## Elisabeth Motschmann Newsletter



Kolleginnen Melanie Bernstein links und Gitta Connemann auf der Kultur-Klausur in Weißenfels/ Sachsen-Anhalt – am 6. April 2019



Melanie Bernstein MdB, Christoph Palmer, **XXXX** Oberbürgermeister von Weißenfeld Robby Risch, Dieter Stier MdB und Staatssekretärin von Sachsen Anhalt Tamara Zieschang (v.l.n.r.) – am 6. April 2019

## Elisabeth Motschmann Newsletter



**Aiko Wulff, Christoph Palmer, Dieter Stier MdB, Christoph Bernstiel MdB, Johannes Selle MdB, Oberbürgermeister von Weißenfels Robby Risch, Gitta Connemann MdB und Melanie Bernstein (v.l.n.r) vor dem Schloss Neu Augustusburg – am 6. April 2019**



**Mit Christoph Palmer im Schützhaus – am 6. April 2019**

# Elisabeth Motschmann

## Newsletter

### Hilfe für ländlichen Raum als Aufgabe

Mitteldeutsche Zeitung

BUNDESTAG Arbeitsgruppe Kultur und Medien der Fraktion von CDU/CSU veranstaltet Klausurtagung im Burgenlandkreis.

VON CONSTANZE MATTHES

NAUMBURG. Für ihre jüngste Klausurtagung hat die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU-CSU-Bundestagsfraktion erstmals die Hauptstadt Berlin verlassen. Das Ziel ihrer Reise: der Burgenlandkreis. Der Fokus müsse mit Blick auf die Kulturförderung auch auf dem ländlichen Raum liegen, sagte Elisabeth Motschmann, die Sprecherin der Gruppe. "Es kann nicht sein, dass Menschen vom Land in größere Städte ziehen, nur weil wir in Sachen Kultur für den ländlichen Raum nichts tun. Wir müssen den Blick weiten und hinausgehen, um direkt vor Ort zu sein", so Motschmann.

Sie verwies dabei auf die vielfältigen Fördermöglichkeiten, die oft nicht bekannt seien. Im aktuellen Bundeshaushalt mit einem Umfang von 356 Milliarden Euro macht der Kultur-Bereich zwei Milliarden Euro aus. Die Sprecherin der CDU-CSU-Arbeitsgruppe erhielt von Christoph Palmer, Mitglied des Kuratoriums des Weißenfelser Heinrich-Schütz-Hauses und von 1998 bis 2004 Minister Baden-Württembergs, den Hinweis auf den Reichtum an Kulturstätten im Süden Sachsen-Anhalts und damit den Anstoß für die Reise.

Die Mitglieder tagten am Freitag in Weißenfels und besuchten das Schloss Neu-Augustusburg. Themen der Tagung waren die Deutsche Welle, das Zukunftsprogramm zur Unterstützung der Kinolandschaft und der künftige Bundeshaushalt. Am Sonnabend führte der Weg die Abgeordneten schließlich nach Naumburg. Während Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, bereits am Vormittag im Dom zu Gast war, besichtigte die Arbeitsgruppe am frühen Nachmittag in Begleitung des Kulturministers Rainer Robra und des CDU-Bundestagsabgeordneten Dieter Stier die neue Welterbe-Stätte. Stiftsdirektor Holger Kunde führte den prominenten Besuch durch den Dom, erklärte im Beisein von Dechantin Karin von Welck sowie Domherr Wilhelm von Carlowitz die Besonderheiten des Bauwerks, das Projekt zur Restaurierung der Domfenster und die medienpädagogische Arbeit der Kinder-Dombauhütte.

Landeskulturminister Rainer Robra begrüßte das Interesse der Arbeitsgruppe, speziell auch für den Dom. Er sehe es als Versprechen, dass der Bund die Domstifter unterstützt. "Mit dem Welterbe-Status haben sie neue Aufgaben erhalten. Doch ihr finanzieller Rahmen ist dafür zu eng. Deshalb müssen neue Geldquellen geöffnet werden, damit sie den Aufgaben gerecht werden können." Auf der Liste der Projekte, die Sachsen-Anhalt beim Bund im Zuge des Kohleausstiegs eingebracht hat, steht auch der Dom.

# Elisabeth Motschmann

## Newsletter

Die Arbeitsgruppe Kultur und Medien ist eine von insgesamt 23 Arbeitsgruppen der CDU-CSU-Bundestagsfraktion. Als Sprecherin fungiert Elisabeth Motschmann aus Bremen. Ihre Stellvertreterin ist Melanie Bernstein aus Neumünster. Arbeitsthemen der Gruppe sind: Kultur in der Fläche, Gedenken und Erinnern, Deutsche Welle, Buch und digitale Medien sowie Film und Kino.

### **Profitiert Region von Lobbyarbeit?**

VON HOLGER ZIMMER

WEISSENFELS/MZ Realisten wussten es vorher: Auch in Wahlkampfzeiten drehten Minister und Mitglieder der Bundestagsfraktion von CDU/CSU den Geldhahn nicht schnell mal auf. Ein halbes Dutzend Kultur- und Medienpolitiker hatte sich Freitagabend und Samstag in Weißenfels zur Klausurtagung getroffen. Dazu stießen später Bundes-Staatsministerin Monika Grütters sowie Landes-Staats- und Kulturminister Rainer Robra.

Das Fazit des Weißenfelser Bundestagsangeordneten der CDU, Dieter Stier, fiel am Ende realistisch aus. So sprach er von einem Zukunftsprogramm Kino, um Kultur auch in den ländlichen Raum zu bringen. Ob Weißenfels da aber eine

Chance habe, müsse man angesichts der Förderkriterien abwarten. Was augenscheinlich nicht funktioniere, seien Bundeszuschüsse bei den Betriebskosten fürs Schützhaus, in dem sich die Gäste umgesehen hatten. Hinzu komme die Konjunktur, die derzeit keinen Anlass zur Euphorie gebe.

Stier betonte, dass er die Veranstaltung an der Saale als Lobby-Arbeit betrachte. "Außerdem sehen die Kollegen dabei vor Ort auch mal, was sie in Berlin beschließen." Er brachte zudem zum Ausdruck, dass vom Strukturwandel im Zuge des absehbaren Endes der Braunkohleförderung 2038 auch für die Neu-Augustsburg etwas abfallen müsste. Er plädierte dafür, dass historische Bauten in der Nähe von Kohlerevieren gegenüber weiter weg befindlichen Denkmälern zu bevorzugen seien.

Oberbürgermeister Robby Risch (parteilos) versuchte jedenfalls für die gegenwärtige schwierige Situation zu sensibilisieren. Zwar könne man derzeit 800.000 Euro für Sicherungsmaßnahmen im Westflügel investieren und zudem 2,6 Millionen Euro für die statische Sicherung des Südflügels ausgeben. "Doch dort fehlt derzeit eine Nutzung."

Museumsleiter Aiko Wulff sprach zwar von der schnellsten Führung durch die Sammlung, die er trotz der wenigen Zeit durchzog. Aber begeistert zeigten sich die Besucher von Kirchenmusikerin Miroslawa Cieslak, die auf der Förner-Orgel spielte. Und auch eine Besichtigung der Herzogsgruft lehnten die Gäste nicht ab.

"Doch dort fehlt eine Nutzung."



## **Elisabeth Motschmann Newsletter**

### **Koalition initiiert neues Bundesprogramm "Jugend erinnert"**

Am letzten Freitag hat der Deutsche Bundestag den Antrag von CDU/CSU und SPD "Bundesprogramm Jugend erinnert - Wissensvermittlung über Wirkung und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft stärken" debattiert.

Wir sind gegen verpflichtende Gedenkstättenbesuche von Schülern, wohl aber für eine Stärkung der Anreize, sich an Gedenkorten intensiv mit unserer Geschichte auseinanderzusetzen. Unser politischer Kernauftrag muss es sein, die nachfolgenden Generationen wirksam über Diktatur und Widerstand aufzuklären.

Mit dem neuen Bundesprogramm "Jugend erinnert" setzt die Koalition den wichtigen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um, die pädagogische Vermittlungsarbeit an Gedenkstätten und Gedenkorten auszubauen. Thematisch soll das Programm sowohl die NS-Terrorherrschaft als auch die SED-Diktatur umfassen. Mit dem Bundesprogramm sollen Gedenkstättenbesuche z.B. durch Workshops begleitet, die Zeitzeugenarbeit ausgebaut und die Jugendbegegnungen im In- und Ausland gestärkt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein entsprechendes Förderkonzept zu entwickeln, das nach drei Jahren evaluiert werden soll. In diesem Jahr sind bereits 7 Millionen Euro für das Bundesprogramm eingestellt. Das Programm wird also noch in diesem Jahr an den Start gehen können.